

Irland

Nicholas Rees

Die seit 2009 unter Leitung von Taoiseach Brian Cowen amtierende Regierungskoalition in Irland setzt sich zusammen aus Fianna Fáil (FF), den Progressive Democrats (PD) und der Grünen Partei. Außenpolitisch werden die Iren vertreten von Außenminister Micheál Martin (FF), unterstützt vom Minister für Entwicklungszusammenarbeit Peter Power (FF) und Europaminister Dick Roche (FF). Umfragen zeigten, dass die Unterstützungswerte für die neue Regierung im vergangenen Jahr schwankten - vermutlich ein eindeutiges Zeichen für die Bedenken in der Öffentlichkeit über den eingeschlagenen Kurs während der Weltwirtschaftskrise. Im Februar favorisierten in einer Umfrage der Irish Times 22% der Befragten Fianna Fáil, 32% Fine Gael (FG), 24% die Labour-Partei, 9% Sinn Féin (SF), 4% die Grünen und 4% unabhängige Kandidaten.¹ Diese Umfrageergebnisse spiegelten sich in den Wahlergebnissen der Lokal- und Europawahlen vom 5. Juni 2009 wider. Besonders schlecht hat Fianna Fáil bei den Lokalwahlen mit 25,4% der Stimmen abgeschnitten, noch schlechter erging es sogar ihrem Koalitionspartner, der Grünen Partei (7,3%). Im Vergleich dazu waren Fine Gael (32,2%) und Labour (14,7%) verhältnismäßig erfolgreich, während Sinn Féin weit abgeschlagen nur 2,3% der Stimmen erhielt. Bei den Europawahlen traten in vier Wahlbezirken 44 Kandidaten an, um einen der zwölf Abgeordnetensitze zu gewinnen. Bemerkenswert war der Wiederantritt von Libertas in drei von vier Wahlbezirken, unter anderem mit Declan Ganley im Nordwesten. Die Regierungskoalition hat besonders herbe Einbußen einstecken müssen: Fianna Fáil verlor in Dublin einen ihrer Abgeordnetensitze und die Grünen konnten keinen gewinnen. Ebenfalls in Dublin musste Sinn Féin mit der Niederlage von Mary Lou MacDonald den Verlust eines Abgeordnetensitzes hinnehmen. Zulauf hatten die unabhängigen Kandidaten, Marian Harkin konnte ihren Sitz im Nordwesten halten und Joe Higgins aus der Parteispitze der Sozialistischen Partei gewann einen Abgeordnetensitz in Dublin.

Irland und die Wirtschaftskrise

Irland sah sich 2009 mit einer ganzen Reihe von wirtschaftlichen Herausforderung konfrontiert: der irischen Bankenkrise, dem Ende des Baubooms, dem Rückgang der Verbraucherausgaben und nicht zuletzt der Weltwirtschaftskrise. Das Hauptanliegen der irischen Regierung war die Stabilisierung der öffentlichen Finanzen, vor allem in Anbetracht eines wachsenden Haushaltsdefizit und des Drucks der EU, die öffentlichen Ausgaben einzudämmen. Die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds betrachteten Irland als besonders gefährdet von weiteren externen wirtschaftlichen Schocks und schätzten den Zustand des irischen Bankensektors als besonders fragil ein. Für ein gewisses Maß an Stabilität sorgten Regierungsmaßnahmen wie beispielsweise ein System für Bankbürg-

Übersetzt aus dem Englischen. Vgl. dazu die ausführlichere Version dieses Beitrags „Ireland's Foreign Relations in 2009“, in: Irish Studies in International Affairs (2010), Royal Irish Academy.

¹ Stephen Collins: Fianna Fáil support collapses as Labour overtakes it for the first time, Irish Times, 13.02.2009.

schaften, das im Jahr zuvor beschlossen wurden (September 2008), auch wenn die rasche Rekapitalisierung der Banken weitere Probleme verursachte. Im Dezember 2008 hatte die Regierung ein neues „Rahmenprogramm für wirtschaftliche Erneuerung“ verabschiedet, das sowohl die kurzfristigen Probleme angehen als auch für künftiges nachhaltiges Wachstum sorgen sollte. Im Januar hat die irische Regierung zusätzlich zu ihrer Entscheidung, die Anglo Irish Bank zu verstaatlichen, die Rekapitalisierung der AIB und der Bank of Ireland bekanntgegeben. Im Februar verkündete sie die Einsparung von 2 Mrd. Euro durch eine Stabilisierung des Rentenniveaus im öffentlichen Sektor und im März folgte die Entscheidung über ein Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst.

Die EU-Kommission kritisierte im Februar das nationale Konjunkturprogramm vehement für seinen Mangel an klaren Vorgaben.² Außerdem leitete die Kommission ein Defizitverfahren gegen Irland nach den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts ein. Ähnliche Maßnahmen wurden gleichzeitig gegen Griechenland, Spanien und Lettland ergriffen (im Mai folgten Verfahren gegen Polen, Malta und Rumänien). Zweifelsohne sah sich Irland dem Druck seiner EU-Partner ausgesetzt, zuhause für Ordnung zu sorgen. Wirtschaftsangelegenheiten waren auch Gegenstand des unter tschechischer Präsidentschaft einberufenen EU-Sondergipfel Anfang März, auf dem diskutiert wurde, wie im EU-Rahmen mit dem zunehmenden Protektionismus der Mitgliedstaaten umgegangen werden sollte.

In Irland wurden die öffentlichen Ausgaben diskutiert, um ein ausuferndes Haushaltsdefizit zu vermeiden. Irlands Regierung beschloss im April einen Notfallhaushaltsplan, der im Dezember konkretisiert wurde. Um das Haushaltsdefizit zu reduzieren, wurden Kürzungen der Sozialleistungen und Löhne im öffentlichen Dienst beschlossen. Irlands Finanzminister Brian Lenihan legte den härtesten Haushalt in der Geschichte der Republik vor. Dieser sah Kappungen der Löhne im öffentlichen Dienst zwischen fünf und 15 Prozent vor, ebenso wie Kürzungen der Sozialleistungen, eine Reform der Einkommensbesteuerung und eine neue Karbonsteuer in Höhe von 15 Euro pro Tonne. Insgesamt sollten mehrere Milliarden Euro eingespart werden, um das Haushaltsdefizit so auf 19 Mrd. Euro oder 11,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu reduzieren. Die Sparmaßnahmen sorgten nicht nur für Unmut in der Bevölkerung, sondern auch zu Streiks. Versuche, die Sparmaßnahmen mit den Gewerkschaften abzustimmen, scheiterten. Der irische Gewerkschaftsbund ICTU organisierte eine landesweite Demonstration am Samstag, den 21. Februar, und warb mit dem Anzeigentitel „There is a better, fairer way“ in den führenden Tageszeitungen.

Im Herbst fanden in allen wichtigen Städten eine Reihe weiterer Streiks statt. Der Gewerkschaftsbund ICTU übernahm bei der Organisation der Streiks eine führende Rolle und organisierte unter anderem auch am 6. November einen landesweiten Aktionstag. Weitere für Ende November angedrohte Streiks fanden nicht statt, nachdem die Gewerkschaften unbezahlten Urlaub für Arbeitnehmer angekündigt hatten. Das Scheitern der Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Regierung im Dezember bedeutete das Ende der sozialen Partnerschaft und könnte zu weiteren Streikrunden im Jahr 2010 führen. Die Haushaltspläne führten zu hitzigen Debatten zwischen Regierungskoalition und Opposition im Dáil, dem irischen Unterhaus. Erste optimistische Kommentatoren gingen davon aus, dass der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise überwunden sei und sagten für Mitte 2010 wieder ein Wirtschaftswachstum voraus, andere zeichneten hingegen ein pessimistischeres Bild und sagten langfristig hohe Arbeitslosenzahlen und ein hohes Haushaltsdefizit voraus.³

2 Jamie Smyth: Irish recovery plan provokes harsh criticism in Brussels, Irish Times, 18.02.2009.

Der Lissabon-Vertrag und das irische Referendum

Die Aufmerksamkeit der europäischen Nachbarn galt Irland nicht allein wegen der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes. Das „Nein“ zum Vertrag von Lissabon im Referendum im Juni 2008 ließ vermuten, dass während des Jahres 2009 ein weiteres folgen würde. Die Iren konnten, gerade auch aufgrund ihrer Ablehnung des Vertrags von Lissabon, nicht unbedingt mit dem Mitgefühl der Staats- und Regierungschefs der anderen EU-Staaten rechnen, schließlich sahen sich diese mit eigenen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen konfrontiert. Dennoch war der Fall Irland und die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon eine Priorität der tschechischen Präsidentschaft und bereits am 8. Januar 2009 Gegenstand der Diskussionen auf einem informellen Treffen der Außen- und Europaminister.⁴ Die tschechische Präsidentschaft zeigte sich optimistisch über die Ratifizierung des Vertrags auch in Irland, eine Einschätzung, die sich auch im Februar in den Umfrageergebnissen der *Irish Times* widerspiegelte: 51 Prozent der Befragten gaben an, in einem künftigen Referendum für den Vertrag zu stimmen, 33 Prozent würden dagegen votieren.⁵

Im Februar stimmte das tschechische Unterhaus für den Vertrag von Lissabon, der tschechische Präsident schwor allerdings, dass er den Vertrag nicht vor dem irischen Referendum unterzeichnen würde. In Deutschland lagen Verfassungsbeschwerden gegen den Vertrag vor. Und in Polen verweigerte der Präsident ebenfalls die Ratifizierung, bevor nicht die Iren über den Vertrag abgestimmt haben. Mitte Februar fand ein Treffen von Außenminister Micheál Martin und Europaminister Dick Roche mit Alexandr Vondra, dem tschechischen stellvertretenden Ministerpräsident, in Cork statt. Dort wurden unter anderem irische Ausnahmeregelungen vom Vertrag von Lissabon für Irland besprochen,⁶ die auch Gegenstand eines Treffens von Martin mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Luxemburgs im März waren.

Der Ratifizierungsprozess blieb somit zunächst weiterhin offen. Ab April rechnete man mit einem Referendum in Irland im Oktober, auch wenn dieser Termin noch nicht offiziell von der Regierung verkündet worden war. Die irische Regierung kündete eine Informationskampagne über den Vertrag von Lissabon an und stellte dafür circa eine halbe Million Euro zu Verfügung.⁷ Die Vertretung der EU-Kommission in Irland kündigte ebenfalls eine Informationskampagne an und sah dafür ein Budget von 1,8 Mio. Euro vor. Die Umfragen der *Irish Times* zeigten im Mai weiterhin eine hohe Zustimmung für den Vertrag: 52% der Befragten würden mit „Ja“ stimmen, 29% mit „Nein“ und 29% hatten sich noch nicht entschieden.⁸ Die EU-Mitgliedschaft wird von den meisten Iren - gerade auch angesichts der Wirtschaftskrise - positiv betrachtet, 79% der Befragten sprachen sich für diese aus.

Anfang Mai stimmte das tschechische Oberhaus für den Vertrag von Lissabon, der tschechische Präsident verweigerte allerdings weiterhin seine Unterschrift. Am 14. Mai traf sich der tschechische Europaminister Štephan Füle mit Außenminister Martin, unter

3 Morgan Kelly: Ghosts of debt and jobs will haunt economy, *Irish Times*, 29.11.2009.

4 Jamie Smyth: Czechs confident of Irish yes in second referendum, *Irish Times*, 8.01.2009.

5 Honor Mahoney: Irish polls shows swing in favour of Lisbon Treaty, *EUObserver*, 16.02.2009; siehe auch *Irish Times*, 16.02.2009.

6 Pressemitteilung des irischen Außenministeriums: Minister for Foreign Affairs meets with Czech Deputy Prime Minister Vondra, 15.02.2009.

7 Fiach Kelly: State to unveil €550,000 information campaign in run-up to Lisbon vote, *Irish Independent*, 27.04.2009.

8 Stephen Collins: 52% would now vote yes on Lisbon Treaty, *Irish Times*, 18.05.2009.

anderem um weiter über die Ausnahmeregelungen zu verhandeln. Diese waren schließlich Gegenstand auf dem Juni-Gipfel des Europäischen Rates am 18.-19. Juni 2009. Bereits in den Wochen vor dem Gipfel bemühte sich die irische Regierung intensiv, die Unterstützung der Staats- und Regierungschefs für die irischen Ausnahmeregelungen zu gewinnen. Nachdem sichergestellt wurde, dass die Ausnahmeregelungen nur für Irland gelten und das Wesen des Vertrags in keiner Weise beeinflussen, einigten sich die Staats- und Regierungschefs schließlich, diese dem Vertragswerk in einem rechtsverbindlichen Annex anzufügen. Das Zusatzprotokoll enthält Ausnahmeregelungen in den Bereichen Lebensrecht, Erziehung und Familie, Steuern, Verteidigung und Neutralität. Außerdem unterzeichneten die Mitgliedstaaten eine Feierliche Erklärung, um die Arbeitnehmerrechte zu bekräftigen und sicherzustellen, dass jedes Mitgliedsland einen EU-Kommissar nominiert.

Nachdem die Ausnahmeregelungen vereinbart und somit den Bedenken der irischen Bevölkerung Rechnung getragen wurde, begann die Referendumskampagne in Irland. Am 8. Juli verkündete der Taoiseach, dass das Referendum am 2. Oktober stattfinden sollte, und das Außenministerium veröffentlichte ein zweites Weißbuch zum Lissabonreferendum.⁹ Kurz nach der Terminverkündung erklärten Parteien und andere Gruppierungen sowie einzelne Persönlichkeiten, wie sie sich in dieser Frage zu positionieren gedenken. Den Vertrag unterstützten die großen Parteien (FF, FG und Labour), die Gewerkschafts- und Unternehmerbünde, proeuropäische Interessengruppen wie *We Belong*, *Women for Europe*, *Ireland for Europe*, *Lawyers for Europe*, *Business for Europe*, *Charter Group* und Unternehmen wie *Intel*, *Ryanair*. Die Grüne Partei sprach sich nach einem Sonderparteitag am 18. Juli ebenfalls für den Vertrag aus. Zu den Vertragsgegnern zählten einige der kleineren Parteien (*Sinn Féin* und die Sozialistische Partei), Interessengruppen wie die *Peace and Neutrality Alliance*, *AFri*, *Vote No to Lisbon*, die *National Platform*, *People's Movement*, *People before Profit*, *Voteno.ie*, *Cóir* sowie Agrar- und Fischereiverbände.

Im September fiel die Zustimmung der Iren für den Vertrag in Umfragen auf 46 Prozent, 29 Prozent würden gegen den Vertrag stimmen und 25 Prozent hatten sich noch keine abschließende Meinung gebildet. Daraufhin intensivierten die Lissabonbefürworter ihre Kampagnenanstrengungen und der Taoiseach informierte auf einem EU-Gipfel in Brüssel seine Amtskollegen über Fortschritte, ohne ein „Ja“ garantieren zu können.

Die Iren stimmten schließlich im Referendum am 2. Oktober bei einer Wahlbeteiligung von 58 Prozent (5 Prozent höher als 2008) mit überwältigender Mehrheit von 67,1 Prozent für den Vertrag von Lissabon, während nur 32,9 Prozent dem Vertrag ihre Zustimmung verweigerten. Der Taoiseach feierte das Ergebnis mit den Worten: „This is a good day for Ireland and a good day for Europe. We as a nation have taken a decisive step for a stronger, fairer, and better Ireland and for a stronger, fairer and better Europe.“¹⁰ Die EU-Kommission erklärte den positiven Ausgang des Referendums mit einem besseren Informationsstand der Iren über die EU und mit den wirtschaftspolitischen Vorzügen der EU-Mitgliedschaft.¹¹ Das Oireachtas verabschiedete das Gesetz zur Europäischen Union noch im Oktober, sodass die Iren die Verpflichtungen des Vertrags von Lissabon übernehmen konnten. Am 1. Dezember 2009 konnte der Vertrag von Lissabon endlich in Kraft treten.

9 Pressemitteilung des irischen Außenministeriums: Minister for Foreign Affairs, Mr Micheál Martin, TD launches White Paper on Lisbon Treaty, 8.07.2009.

10 Rede des Taoiseach vom 3.11.2009: Statement by An Taoiseach, Mr Brian Cowen TD, Remarks on the Lisbon Treaty Referendum.

11 Jamie Smyth: Economy played key role in treaty vote, poll finds, *Irish Times*, 13.10.2009.